

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzelle oder deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungssuche, Familiennachrichten, Vereins- und Verfallungsanzeigen 40.— Mark, Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Reklamepreis: Die Millimeterzelle 3 gespaltene oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische

Zeitungspreis: Durch Auslieferung Einzelnummer 200 Mt. 1000.— Mt. pro Woche. Durch die Post 3000.— Mt. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Prob. Genossenschaft. — Redaktionssprechstunde: 5-6 Uhr nachm. Postfachkonto: Breslau Nr. 310 69. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887.

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 89.

Dienstag, den 17. April 1923.

5. Jahrgang.

Aus dem Inhalt:

Am Montag hielt der Reichsaussenminister Dr. Rosenberg seine Rede, in der er mit vielen Worten wenig sagte.

In München und Stettin wurden am letzten Sonntag große faschistische Paraden abgehalten.

In der „Kreuz-Zeitung“ vom Sonntag fordert der reaktionäre Reichstagsabgeordnete Graf Westfahl, daß Ebert den Verlagerungsstand über Sachsen verhängen soll.

Im Ruhrgebiet sind wieder einige Zechen befehligt worden.

In Wien wurden zwei Waggon mit Geschützen beschlagnahmt, die von Bayern nach Ungarn gehen sollten.

In Budapest hat am 12. April ein Miefenprozeß gegen 60 Kommunisten begonnen.

In Lille (Frankreich) ist ein Streik der Weber und Splünet ausgebrochen.

Volle Freiheit dem Brotwucher.

Das Ende des Markenbrot.

Die Parteien der Ausbeuter, Demokraten bis Sozialdemokraten, haben als Reichstagsmehrheit am Donnerstag das letzte Hindernis, das der agrarischen Brotpreistreiberei noch im Wege stand, niedergedrückt. Sie wollen endlich volle Wucherfreiheit auch für den Zucker.

Damit verschwindet im August d. J. die Brotkarte endgültig. Jede Zuweisung von Brot zu ermäßigten Preisen ist dann erledigt. Die Minderbemittelten gezwungen werden, das teure „markenfreie“ Brot zu kaufen. Ihre Ernährungsgrundlage, ihre Gesundheit, das Schicksal der Kinder werden der Profitgier geopfert.

Das traurigste aber ist, daß die USPD den Kampf für die Umlage für verbilligtes Markenbrot diesmal von vornherein völlig preisgegeben hat. Diese Wiederaufbauer denken nicht mehr daran, soziale oder gar marxistische Prinzipien zu vertreten. Sie haben vergessen, daß zunächst auf den Wiederaufbau der Arbeitskraft alles ankommt, wofür aber die Verbilligung der notwendigen Nahrungsmittel die erste Bedingung wäre. Die USPD aber ist nicht mehr für Verbilligung, sondern zunächst erst einmal für eine Stärkung der Landwirtschaft. Unter Verzicht auf eine feste Getreideumlage und auf verbilligtes Markenbrot schlägt die USPD lediglich eine Stichtstoffprämie für Getreidelieferungen vor.

Aber auch dieses schwächliche Übergangskompromiß, das den Verzicht der USPD auf jede organisierte Versorgung bemanteln sollte, wurde von den bürgerlichen Ausbeuterparteien glatt abgelehnt. Sie beschloßen die Befestigung jeder Umlage und völlige Freiheit des Getreidebaus und des Getreidehandels.

Daneben ging ein triviales Gaukelspiel einher, durch das man die Öffentlichkeit glauben machen wollte, daß die Ärmsten der Armen auch in Zukunft billigeres Brot essen werden. Eine Resolution der agrarischen Sozialdemokraten wollte die Kosten einer Brotverbilligung für Renten- und Unterstützungsbekämpferte „allen leistungsfähigen Schichten“ auferlegen, natürlich ohne zu sagen, wie und wer belastet werden soll. Die Sozialdemokraten schlugen hierfür Zuschläge zur Vermögenssteuer vor. Beides wurde abgelehnt. Angenommen wurde die nachstehende Resolution der bürgerlichen Mitte, die für das Winterjahr 1923/24 ist als Grundlage für die Wiederherstellung der freien Wirtschaft dient:

Die Sicherung des Bedarfs an Brotgetreide durch eine gebundene Wirtschaft ist nicht mehr möglich. Von einer weiteren Getreideumlage muß daher abgesehen werden. Die rechtzeitige Sicherstellung einer für die Ernährung der Bevölkerung ausreichenden Brotgetreidemenge unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen Organisationen der Verbrauchervertretungen, der Bäcker und des leistungsfähigen Handels ist erforderlich.

Rüstet zum 1. Mai!

An die Arbeiter aller Länder!

Eine gewaltige Kundgebung proletarischer Einigkeit, der Ausdruck des wachsenden Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse, eine Kriegserklärung an die bürgerliche Gesellschaft, das sollte die Maiseier nach der Absicht ihrer Schöpfer sein. Und sie ist es ursprünglich auch gewesen. Feulend und zähneklappend erwartete die Bourgeoisie im Jahre 1890 den 1. Mai, als hätte er das jüngste Gericht bringen sollen. Heute aber hat sie in den Ländern des entwickelten Reformismus für die Maidemonstration nur ein geringfügiges und schadenstobes Orsien. Denn die Reformisten haben alles getan, um den 1. Mai zu einem bürgerlichen Feiertag zu machen, die Maiseier zu einem Jahrmärktchen herabzudrücken. Gegen diese Entwürdigung des Arbeiterfeiertages müssen alle Massenbewußten Arbeiter protestieren. Die Maiseier muß der Sehnsucht nach der Einigkeit, die alle Schichten des Proletariats ergriffen hat, dem Willen zum Kampf, der sich auch in den Ländern des weißen Terror, in Ungarn, in Italien, in Jugoslawien, wieder zu regen anfängt, klaren Ausdruck geben.

Dieser Sehnsucht wird bald Erfüllung werden. Dafür sorgen, wenn auch sehr gegen ihren Willen, die Kapitalisten aller Länder. Die Bourgeoisie kann die alten „normalen“ Verhältnisse, den Kapitalismus der Vorkriegszeit, nicht wieder herstellen. So macht sie den verzweifelten Versuch, einen stärkeren, gewaltigeren Kapitalismus zu schaffen. Sie sagt mit gebieterischer Gebärde: Friede! Arbeit! aber ihr Tun ist sinnlose Zerstückung. Sie organisiert Krieg und Bürgerkrieg.

Das Reich des neuen, tausendjährigen Kapitalismus soll entstehen, indem das Proletariat in eine Helotenklasse, eine Herde von Arbeitstieren verwandelt wird.

Die Offensibe des Kapitals soll die Lebenshaltung der Arbeiter tief unter das Niveau der Vorkriegszeit senken.

Die reformistischen Parteien haben, in offenen und maskierten Koalitionen, redlich das Ihrige getan, um der Bourgeoisie die Erreichung dieses schändlichen Zieles zu erleichtern. Aber sie waren zu schwach. So läßt die Bourgeoisie sie fallen und setzt ihre Hoffnungen auf den Faschismus.

Das Ernährungsprogramm der Reichsregierung für das Jahr 1923/24 ist mit möglicher Beschleunigung vorzulegen.

Selbstverständlich wird nur der erste Abmah, der die freie Wirtschaft bringt, glatt durchgeführt werden. Der zweite Teil des bürgerlichen Antrages wird sich rasch als Gaukelspiel erweisen. Denn gar bald wird eine Mehrheit des Reichstages mit Bauern feststellen, daß es keine praktischen Möglichkeiten zur Durchführung einer solchen Verbilligungsgabe. Dieses traurige Ged haben wir oft genug aus denselben Reihen, bei Auseinandersetzung über Verbilligungen von Hausbrandstoffen und bei der Aufhebung der Milliardenzuschüsse zur Brotverbilligung im Herbst d. J. gehört.

Der Schwindel ist zu dick, als daß man den Parteien, die erst vor wenigen Wochen durch Anpassung an die Geldentwertung unerhörte Steuerbefreiungen für den Besitz beschlossen haben, glauben könnte, daß sie je eine Belastung des Besitzes zugunsten der ärmsten Volksschichten resüchlich durchführen würden. Wie wenig diese Ausbeuter ihren Opfern zu helfen bereit sind, zeigten sie in der gleichen Stunde, indem sie die kommunistischen Anträge auf Verbilligung des Zuckers und der Milch glatt niederstimmten, woran sich sogar auch neben sämtlichen bürgerlichen Parteien die USPD mitschuldig machte. Die kommunistische Fraktion hatte in einem ausführlichen Antrag Richtlinien für die Getreide-, Kartoffel- und Zuckerbewirtschaftung im Interesse der werktätigen Bevölkerung vorgelegt. Sie forderte die Umlage von 4,5 Millionen Tonnen Brotgetreide unter Freilassung der kleinen Wirtschaften und verstärkter Belastung des Großgrundbesitzes. Bei der Preisfestlegung sollten Arbeitervertreter und Verbraucher das entscheidende Wort sprechen. Konsumvereiner und Konsumenten sollte die Ver-

Der Faschismus bedeutet nur die Fortsetzung der sozialpatriotischen Politik mit anderen, schärferen Mitteln.

Was die sozialdemokratischen Führer den Arbeitern durch gültiges Zureden ablisteten wollten, aber nicht konnten, das soll der Faschismus mit Gewalt durchsetzen: die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter Arbeits- und Lebensbedingungen, die selbst in der Geschichte des Kapitalismus unerhört sind. Der Faschismus — d. i. der Kapitalismus, der zum letzten Waffengang gegen das Proletariat antritt — er zeigt den Arbeitern erst

das wahre Gesicht der bürgerlichen Demokratie.

von der die Reformisten alles Heil erwarten und erwarten müssen, weil sie sich, wie Herr Edo Fimmen, der Häuptling der Amsterdamer Gewerkschaftsunion, kürzlich eingestanden hat, zu schwach fühlen, einen Kampf zu führen. Auch der letzte Arbeiter muß aufgerufen werden zum

Kampf gegen den Faschismus! Wegen die Einheitsfront aller Ausbeuter die Einheitsfront des Proletariats!

Als die Kommunisten die Parole der Einheitsfront zum ersten Male ausgaben, verhielten sich die großen Massen der nichtkommunistischen Arbeiterschaft abwartend. Heute wird der Wille zur Einheitsfront zum Kampf, im Proletariat überall lebendig. Mögen die Wortführer des Reformismus immerzu eine Politik der Ruhe, des Bürgerfriedens, der Koalitionen predigen, sie können den

Willen zur Einheitsfront

im Proletariat nicht mehr ersticken, sie haben ihre Anhänger nicht mehr fest in der Hand, sie geben der Bewegung der Masse nicht mehr das Geheiß. Die Lohnbewegungen, die Streiks, die Demonstrationen im Saargebiet, in Belgien, in der Tschechoslowakei, in Ostbayern-Ungarn, und anderen Ländern zeigen, daß immer größere Schichten des Proletariats eigenwillig, selbsttätig werden. Die Einheitsfront wird Tatsache werden, nicht durch die Einsicht der opportunistischen Führer, sondern durch den untrüglichen Instinkt der Massen.

Die Arbeiter wollen es nicht mehr glauben, daß sie am besten fahren, wenn sie mit der Bourgeoisie „in Frieden“ leben.

Die Bürgerfriedenspolitik hat ihnen nichts gebracht als Lohnherabsetzungen, Zerrung,

Verlängerung der Arbeitszeit, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Degradation, gewalttätige Unterdrückung. Dazu gesellt sich jetzt noch die täglich wachsende Kriegsgefahr.

Freilich, die Bourgeoisie schreit nach Frieden. Nicht aus Menschlichkeit, nicht aus pazifistischer Naivität, nur um des lieben Geschäfts der Profitmacherei willen. Aber sie kann den Frieden nicht schaffen. In Versailles hat sie es versucht, aber seither schießt sie an ihrem Friedenswerk herum, ruhelos, mit der ängstlichsten Sorgfalt, aber vergeblich, so daß sie jetzt selbst schon von den „Ueberresten des Versailles Friedens“, der eine geschichtliche Wurst sein sollte, reden muß. Jeder Tag vergrößert und vertieft die Kluft zwischen den imperialistischen Mächten schon bestehenden Gegensätze und schafft noch neue. Der Krieg ist zum Normalzustand der bürgerlichen Gesellschaft geworden, wie wir eben jetzt wieder an den Ereignissen im Ruhrgebiet sehen. Den dauernden Frieden kann nur das Proletariat der Welt geben, ein einziges, fester Aufgaben bewußtes, zum opferreichen Kampf entschlossenes Proletariat.

Der Kampf gegen Faschismus und Krieg und für die Einheitsfront bedeutet auch den Kampf für Sowjetrußland.

Sowjetrußland ist ein Pfahl im Fleisch der bürgerlichen Gesellschaft, sie erblickt in dem bloßen Dasein des Bolschewistenstaates mit Recht eine beständige Drohung mit der Weltrevolution, und darum haßt sie es mit derselben Inbrunst, mit der sie das konterrevolutionäre System des zaristischen Rußland geliebt hat. Darum schmäh verleumdet, verfolgt sie es. Darum aber ist es auch Pflicht aller Massenbewußten Arbeiter, sich vorbehaltlos zu Sowjetrußland zu bekennen. Im Verein mit ihren russischen Brüdern werden sie den Kapitalismus niederschlagen.

Arbeiter, demonstrieren am 1. Mai

gegen den Faschismus, gegen die Kriegsgefahr, für die Einheitsfront des Proletariats, für Sowjetrußland.

Die Weltrevolution naht trotz alledem und alledem. Die faschistische Follwut, der Räuberüberfall an der Ruhr, der zynische Verrat der zweiten Internationale — alles das wird die Bourgeoisie nicht retten.

Es lebe die Weltrevolution! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe der Kommunismus!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Eine Verbilligung des Brotes für Minderbemittelte zu denen auf jeden Fall die breite Masse der Sozialrentner, Kriegsoffer, Kleinrentner, Erwerbslosen, Armegeempfänger und der Kinderreichen zu rechnen ist, ist unter Deckung der erforderlichen Mittel durch Verlastung des Besitzes im weitesten Umfange zu bewirken. Diese Verlastung muß vor Beginn des neuen Wirtschaftsjahres abschließend festgelegt sein. Bisher darf die Reichsgetreidestelle nicht aufgehoben werden.

Das Ernährungsprogramm der Reichsregierung für das Jahr 1923/24 ist mit möglicher Beschleunigung vorzulegen.

Der Schwindel ist zu dick, als daß man den Parteien, die erst vor wenigen Wochen durch Anpassung an die Geldentwertung unerhörte Steuerbefreiungen für den Besitz beschlossen haben, glauben könnte, daß sie je eine Belastung des Besitzes zugunsten der ärmsten Volksschichten resüchlich durchführen würden.

Wie wenig diese Ausbeuter ihren Opfern zu helfen bereit sind, zeigten sie in der gleichen Stunde, indem sie die kommunistischen Anträge auf Verbilligung des Zuckers und der Milch glatt niederstimmten, woran sich sogar auch neben sämtlichen bürgerlichen Parteien die USPD mitschuldig machte.

Die kommunistische Fraktion hatte in einem ausführlichen Antrag Richtlinien für die Getreide-, Kartoffel- und Zuckerbewirtschaftung im Interesse der werktätigen Bevölkerung vorgelegt. Sie forderte die Umlage von 4,5 Millionen Tonnen Brotgetreide unter Freilassung der kleinen Wirtschaften und verstärkter Belastung des Großgrundbesitzes. Bei der Preisfestlegung sollten Arbeitervertreter und Verbraucher das entscheidende Wort sprechen. Konsumvereiner und Konsumenten sollte die Ver-

teilung übergeben werden. Daneben wurde gefordert der Anbauzwang und die Kontrolle der Ackerbewirtschaftung und Getreideablieferung durch landwirtschaftliche Betriebsräte und Kleinbauernräte. Die Sozialdemokraten stimmten nur für den einen Punkt, der das Prinzip der Deckung des Brotdarfs durch eine Umlage feststellen sollte. Alle ausgeführten Einzelvorschläge der Kommunisten über Begünstigung der Kleinbauern, stärkere Belastung der großen Güter, Preisfestlegung durch Arbeiter- und Verbrauchervertreter, Anbauzwang und Betriebsrätekontrolle wurden von den Sozialdemokraten zusammen mit den Bürgerlichen abgelehnt. Ebenso stimmten sie gemeinsam gegen unsere Vorschläge auf Kartoffelbewirtschaftung und Fortführung der Zuckerbewirtschaftung.

Die Wiederherstellung der Wucherfreiheit für die deutschen Agrarier wurde von den bürgerlichen Mehrheitsparteien ausgerechnet am Tage nach der Trauerfeier für die Ruhrpöcker im Reichstag vollzogen. Offen hatte man das patriotische Gelübnis abgelegt, daß man „den kämpfenden Arbeitern, die an der Ruhr woch-

to schwere Opfer an Gut und Blut, an Leib und Leben zu tragen haben. diesen beidenmütigen Kampf nie vergessen werde, daß ihnen jede Unterstützung werden solle, um ihnen die Fortführung des Abwehrkampfes zu ermöglichen. Aber eben auch nur die Unterstützung vorläufig war. Die dieses Vaterlandsgelübdes hervorgerufen hatte, sollten die Arbeiter bereits zu neuen grausamen Schlägen gegen das werksfähige Volk aus. Was kümmert sie der Abwehrkampf im Ruhrgebiet, über den sie täglich heucheln und schmähen, wenn es gilt, sich den Vorfällen für das kommende Jahr zu widmen.

Eine Rede Poincare in Paris.

Anlaßlich der Einweihung eines Andenkenmals in Paris hielt der französische Ministerpräsident Poincare am Sonntag eine Rede, in der er auch auf das Ruhrproblem hinwies. Er sprach sich über die Möglichkeit der Einleitung eines Abwehrkampfes, ohne die Ruhrfrage auszulassen. Poincare sprach auch darüber, daß sich England nicht wundern könne, wenn Frankreich seine Ordnung nicht, denn England habe im 18. Jahrhundert daselbst geland, indem es die Wiederherstellung der französischen Kaiser Dynastie und Kaiser verweigerte.

Für die Arbeiterschaft ist eine Stelle von besonderer Bedeutung, an der er über die französische Krise spricht. Die sich der Ruhraktion entgegenstellen. Poincare führte aus:

Auch die Fortwörter einer Handvoll Franzosen können Frankreich nicht von dem Ziel abbringen, das es sich gesetzt habe. Und genau ist die Unterdrückung des Landes und die Billigung des Parlamentes zu haben. Es ist wahr, gewisse Leute die uns nicht ermutigen haben, in das Ruhrgebiet einzuziehen, wüßten heute unter Umständen überlegen und sagen unserer Operationen Schwäche nach. Sie werden uns nicht daran hindern, ohne Unterbrechung das Unternehmen fortzusetzen zu entscheiden, aber wir werden das Programm beibehalten durchzuführen, das die belgische und die französische Regierung in gemeinsamer Vereinbarung aufgestellt haben. Sie werden das auf lange Sicht vorgezeichnete Werk nicht stören, denn unsere Politik ist unerschütterlich und unser Vertrauen. Anderserseits behaupten mit etwas pompösem Sophismus die Ruhraktion habe die Freiheit in die Höhe getrieben, als ob die Steuerung des Lebensunterhalts nicht von unserer Wirtschaft und Finanzlage abhängig wäre, und als ob diese Lage nicht von den ungeheuren Schulden käme, die wir aufnehmen mußten, um die deutschen Zahlungen zu erfüllen. Zwischen Arbeitslosen überziehen die geringsten Zinseszinsen und gehen sogar so weit, durch unvorsichtige Bemerkungen den Widerstand des deutschen Reiches zu ermutigen. Poincare meinte weiter, diese Leute stellen nur eine geringe Minderheit dar. Denn die Gesamtheit des Landes ist entschlossen, das zu Ende zu führen, was begonnen wurde. Die Aktion wird mit dem vollkommenen Mißtrauen unserer Verbündeten, Belgiens und mit der Unterstützung Frankreichs enden.

Es ist haben wie drüber. Auch in Deutschland werden diejenigen, die sich dem Nationalismus angeschlossen, eine geringe Minderheit genannt. Poincare wußt jenen französischen Kreis - allerdings etwas verblümt - anzuweisen, nämlich, daß sie den Widerstand des deutschen Reiches ermutigen. Was anderes wird den Deutschen von der deutschen Regierung zum Wortaus gemacht, die sich gegen die nationalen Belangen entgegenstellen? "Ihr heißt Frankreich" schreit der ganze nationale Wille, von dem obersten Regierungsoberhaupt bis zum Kleinrentner. Poincare vertritt die Stimmung gegen das Ruhrabenteuer nicht erfinden zu lassen. Er macht nur Andeutungen, ohne klar zu sagen, daß die Entschlüsse namentlich aus dem französischen Parlament kommen. Und doch klingt aus der Rede des französischen Ministerpräsidenten hervor, daß der Kampf gegen das Ruhrabenteuer in Frankreich nicht ohne Bedeutung ist. Das ermutigt die deutsche Arbeiterschaft, besonders den belgischen Weg fortzusetzen. Die französischen Arbeiter kämpfen gegen Poincare an der Spitze, die deutschen Arbeiter müssen ihren Kampf gegen Gano an der Spitze fortsetzen und vertiefen.

Dr. Rosenbergs Rede im Reichstag.

Sitzung vom 16. April 1923.
Der große Tag, an dem der Außenminister Dr. Rosenbergs im Reichstag seine erwartete Rede über die deutsche Außenpolitik hielt, zeigte uns die geistige und politische Bedeutungslosigkeit dieses Parlamentes. Deutschland, das mit seiner Weltmacht schon im Jahre vor die Hände ging, hat nicht nur durch diplomatische, politische und finanzielle Unfähigkeit diese Stellung gelitten, sondern es hat auch jetzt durch die großmütigen Interparlamentarier mitten im Kampf. Das Ruhrabenteuer wird handiert werden und alle großen Kräfte ändern nichts daran, daß die belagerte Klasse zu einer

Verteidigung auf dem Boden des Parlamentes der belagerten Länder bringt. Die Politik des belagerten Landes geht noch immer in dem alten Trakt, der von Niederlage zu Niederlage geführt hat, und die von den belagerten geistlichen und politischen Führern nicht nur nicht der Loyalität der von ihm und der belagerten Parteien. Der Reichstag hat eine Janusgesicht im belagerten Lande eines Parlamentes, das er gegen sich in unvollständigen Betrachtungen, mit und ohne die belagerten Klassen des parlamentarischen Reiches, nicht nur nicht, sondern auch die belagerten Klassen des Reiches und die belagerten Klassen des Reiches.

Beschlüsse der Frankfurter Konferenz

Resolution zur Bildung der internationalen Einheitsfront.

Die Amsterdamer, die 2. Internationale und die Wiener Arbeitgemeinschaft haben der Einladung des 3er-Ausschusses der rheinisch-westfälischen Betriebsräte zur Teilnahme an der Frankfurter Konferenz keine Folge geleistet. Sie haben nicht einmal eine Antwort auf die Einladung geschickt. Dennoch hat die deutsche USPD eine offizielle Delegation geschickt und lokale sozialdemokratische Vereinigungen haben trotz des Verbotes ihrer Führer Vertreter entsandt. Einmalige der Amsterdamer Internationale angelegentliches Papier erhalten haben Begrüßungsgramme geschickt. Breite Schichten der Arbeiterschaft sind für die kämpfende proletarische Einheitsfront, trotz der Sabotage ihrer Führer. Deshalb beauftragt die 2. internationale Konferenz die einigste Aktionskomitee, sich an die Amsterdamer und 2. Internationale und an die Wiener Arbeitgemeinschaft zu wenden mit der Aufforderung, im Sinne der Beschlüsse der Einheitsfront zum Kampfe gegen die Ruhrbesetzung und gegen den Faschismus national und international zu organisieren. Das Aktionskomitee soll auch direkte Verhandlungen mit den wichtigsten Stellungen der Internationalen aufnehmen.

Resolution über den Kampf gegen den Faschismus.

Der Arbeiterklasse fällt auch die Aufgabe ab, den Kampf gegen den steigenden Faschismus in Italien und den sich organisierenden Faschismus in der ganzen Welt aufzunehmen. Sie muß den Faschismus politisch überwinden und sich zum erfolgreichsten Selbstschutz gegen seine Gewalttaten organisieren. Zu diesem Zweck muß folgendes geschehen:

1. In allen Ländern muß durch die Arbeiterparteien und -organisationen jeder Richtung ein besonderer Organismus zur Leitung des Kampfes gegen den Faschismus geschaffen werden. Die Aufgaben dieses Organes sind:
 - a) Sammlung der Tatsachen der faschistischen Bewegung im eigenen Lande;
 - b) systematische Aufklärung der Arbeiterklasse über den Klassencharakter der faschistischen Bewegung durch Zeitungsartikel, Broschüren, Plakate, Versammlungen etc.
 - c) Organisierung des Abwehrkampfes der Arbeiterschaft durch Einrichtung von Hundertkämpfen und ihre Bewaffnung, Organisation von Arbeiterkontrollausschüssen zur Verhinderung des Transportes faschistischer Banden und der Waffen für sie. Schonungslose Niederschlagung aller faschistischen Versuche, die Arbeiter zu terrorisieren und die Anführer ihres Klassenkampfes zu verhinern;
 - d) Heranziehung der Arbeiter ohne Unterscheidung der Richtung zu diesem Kampfe, Unterstützung an die Arbeiterparteien. Sowohl in der Arbeiterschaft als auch in der proletarischen Massenorganisationen zur gemeinsamen Abwehr des Faschismus;
 - e) Kampf gegen den Faschismus in den Parlamenten und allen öffentlichen Körperlichkeiten;
 - f) beständige Aufmerksamkeit soll der antisfaschistischen Aufklärung unter der arbeitenden Jugend, in deren Reihen die Faschisten in erster Linie ihre Anhänger

werben, gewidmet werden. Die revolutionären Jugendorganisationen sollen aktiv an der Tätigkeit der faschistischen proletarischen Abwehrorganisationen teilnehmen.

2. Die Organisierung der faschistischen Kräfte vollzieht sich international. Es ist daher notwendig, auch den Kampf der Arbeiterschaft gegen den Faschismus international zu organisieren. Zu diesem Zweck muß ein internationales Arbeiterrätekomitee geschaffen werden. Aufgabe dieses internationalen Komitees ist außer dem Austausch der Erfahrungen die Organisierung des internationalen Kampfes. In erster Linie gegen den italienischen Faschismus. Für den Kampf kommen in Betracht:

- a) eine internationale Aufklärungskampagne durch Zeitungen, Broschüren, Bilder, Massensammlungen über den absolut antisfaschistischen Charakter der italienischen Faschistenherrschaft und über die systematische Zerstörung aller Arbeiterorganisationen und Institutionen durch den Faschismus;
- b) Organisierung von internationalen Massensammlungen und Demonstrationen gegen den Faschismus, gegen die Vertreter des faschistischen italienischen Staates im Ausland usw.;
- c) Ausnutzung der Parlamente, Aufforderung an die Parlamente, besonders an die Arbeiterfraktionen in den Parlamenten, sowie an die internationalen Arbeiterorganisationen, Kommissionen zur Untersuchung der Lage der Arbeiterklasse nach Italien zu entsenden;
- d) Kampf für die sofortige Bestrafung aller gefährlichen faschistischen proletarischen Kämpfer;
- e) materielle und moralische Unterstützung der verfolgten Arbeiterschaft Italiens durch Geldsammlungen, Unterbringung der Flüchtlinge, Unterstützung ihrer Arbeit im Ausland usw. Die internationale rote Hilfe muß diesem Zweck entsprechend ausgebaut werden. Die Arbeitergenossenschaften sind zur Hilfeleistung heranzuziehen;
- f) das internationale Aktionskomitee wird beauftragt, alle Möglichkeiten eines moralischen, politischen und materiellen Appells der faschistischen Regierung zu erwägen;
- g) die Konferenz beauftragt das internationale Aktionskomitee, sich mit dem provisorischen internationalen Komitee für den Kampf gegen den Faschismus und um ein nationales Komitee zu schaffen, mit den Organisationen, die es gebildet haben, in Verbindung zu stehen.

Es muß den Arbeitern ins Bewußtsein gehämmert werden, daß das Schicksal der italienischen Arbeiterschaft ihr eigenes Schicksal sein wird, wenn sie nicht durch energischen revolutionären Kampf gegen die herrschende Klasse das Fortkommen der minder klassenbewußten Elemente zum Faschismus verhindern. Die Arbeiterorganisationen müssen daher mit höchster Energie zum Schutze der breitesten Massenbewegungen gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Wucher gegen das Kapital vorstoßen und den Scheinrevolutionären, demagogischen Parteen des Faschismus den organisierten Massenkampf entgegenstellen. Sie müssen den weitesten der ersten Versuche faschistischer Organisation in ihrem Lande mit aller Kraft niederschlagen.

traten geforderte Festlegung auf bestimmte Vorschläge. Das Rheinland wie das Saargebiet gehörten unbedingt zu Deutschland. Der belgische Redner beklagte dann noch die Störung der Reichsregierung durch den faschistischen Ministerpräsidenten Dr. Heineke, der (schrecklich) gebietet Opfer des Volkes verlangt hatte.

Bei der Fortsetzung der Verhandlung am Dienstag wird der Abgeordnete Stresemann das kommende Regierungsprogramm entwickeln. Die Stellung der kommunistischen Fraktion wird Weniger klar zu Tage kommen.

Der Ruhrkrieg.

Wien, 16. April. Heute sind neue Beschlüsse über die Ruhr vereinbart. Wien, 16. April. Heute sind auch die Beschlüsse über die Ruhr vereinbart.

Wien, 16. April. Heute sind auch die Beschlüsse über die Ruhr vereinbart.

Wien, 16. April. Heute sind auch die Beschlüsse über die Ruhr vereinbart.

Neue Paraden der Faschisten.

In der Gegend von Neufreimann, im Norden von München, fanden am letzten Sonntag, trotz regnerischen Wetters, Geländebewegungen der Stöhrtrupps der nationalsozialistischen Partei statt, an denen 10 000-12 000 Personen teilnahmen. Hitler nahm die Parade ab.

In Sletting fand in der Garnison am Sonntag unter dem Deckmantel einer Denkmalweihung eine reaktionäre Parade statt, an der Eitel Schieberich mit Frau teilnahm. Auch Rudenborff soll anwesend gewesen sein. Ein Schupoausgang des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Kerner schützte die Faschistenbande.

Näheres über diese neuen Paraden der Reaktionsäre werden wir morgen berichten.

Die Reaktion fordert Belagerungszustand für Sachsen.

Wie die "Kölnische Volkszeitung" berichtet, fragt Graf Westarp in der "Kölnischen Volkszeitung", was von Seiten der Reichsregierung und des Reichstages gegen die mit schwerer Beschäftigung der Reichsregierung und mit Unterdrückung der Reichspolitik verbundenen Mißgriffe sozialdemokratischer Regierungen zu geschehen hat. Er antwortet darauf selbst klar und deutlich: "Es soll sofort gegen Belgien Maßnahmen getroffen werden." Die Reaktionsäre möchten also den Bürgerkrieg des Reiches mit Sachsen haben. Die Arbeiterschaft ist also gewarnt und muß Vorsorge treffen, gegen die Angriffe der Reaktion zurückzuschlagen. (Wir werden morgen näher auf den Artikel Graf Westarps eingehen. Die Redaktion.)

Die bayerische Regierung gegen das Gesetz zum Schutze der Republik.

München, 16. April. Wie die Korrespondenz Hoffmann erzählt, hat der Ministerpräsident von Kallinger in Anbetracht der großen Tragweite der Forderung der bayerischen Vaterlandsverbände im Ministerrat eine Stellungnahme der Gesamtregierung herbeigeführt. Daraufhin wurde heute vormittag eine Abordnung der Reichsregierung in die bayerische Hauptstadt geschickt, um die bayerische Regierung nach Gesetz und Vertrag den Volkswort der Faschisten nicht ablehnen könne, da sie im Hinblick auf die Abmachungen mit der Reichsregierung über die Gesetzgebung zum Schutze der Republik und über von Bayern beantragte Einsetzung eines eigenen bayerischen Senats gebunden sei. Was die Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik anbelangt, so liegt dem Reichstag bereits ein diesbezüglicher Antrag vor, mit dessen Ziel die bayerische Regierung gemäß ihrer bisherigen Haltung zum Gesetz zum Schutze der Republik übereinstimme.

Die Kallingerregierung gibt also öffentlich bekannt, daß sie vom Gesetz zum Schutze der Republik nicht wissen will und dessen Aufhebung wünscht. Praktisch hat sie das schon zur Genüge bewiesen.

Die Faschisten werden liebevoll gewarnt.

München, 14. April. Anlaßlich der Weigerung des Schriftstellers Dietrich Eckart und des Redakteurs Jäger vom "Münchener Anzeiger" warnt die bayerische Volkspartei, den Konflikt auf die Spitze zu treiben. Der süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes sei von Bayern anerkannt und müsse respektiert werden. Auch die "Münchener Nachrichten" warnen die verantwortlichen Kreise der nationalen Vereine vor Überheblichkeit. Es ist einen besseren Beweis der Machtlosigkeit der bayerischen Regierung gegen Bayern als daß die besten Reaktionsäre von der bayerischen Volkspartei gewarnt werden müssen?

Streit der Spinner und Weber in Sille.

Wien, 16. April. Wie Temps aus Sille meldet, trafen heute von 12000 Spinners 1000 und von 2700 Webern 1000 in der Stadt

Polales.

Schacher am die städtischen Betriebe beginnt.

Die Stadtverordnetenversammlung am kommenden Donnerstag liegt ein Antrag des Magistrats vor, der den ersten praktischen Schritt bedeutet, mit der Entkommunalisierung städtischer Betriebe zu beginnen. Der Magistrat hält jetzt endlich die Zeit für gekommen, seinen Plänen offen hervorzutreten. Lange sind darüber Andeutungen gemacht worden. Jetzt erlucht der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung, der Bildung einer städtischen Kommission zuzustimmen, die die Aufgabe haben soll, zu prüfen, ob und in welcher Weise es sich empfiehlt, die städtischen Betriebsbetriebe, besonders die Wasserwerke, die Straßenbahn, den Gasen und die mit der städtischen Verwaltung verbundenen Beschränkungen durch Umgestaltung in eine Aktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu befreien. Man muß sich klar sein, wenn man diesen geradezu überhasteten Schritt überhaupt nur verstehen will, daß er abichtlich in einem so unheimlichen Kanakstille gehalten ist, um das Verschleiern, was er sagt. Doch, die Veränderung ist schon etwas heftiger. Da heißt gleich am Anfang: „Zur Bezielung eines möglichst hohen Ertrages aus den städtischen Betrieben ist es nötig, sie möglichst nach dem männlichen Muster einfach und zweckmäßig einzurichten; gegenwärtig ist die Anlage weit verbreitet, daß dieses Ziel nur durch Umwandlung der Betriebe in eine Aktiengesellschaft privaten Rechts erreicht werden kann.“

Das genügt! Offener braucht der Magistrat sich zu reden! Es ist nur nötig, noch einige Sachausdrücke in das allen Proleten verständliche Deutsch zu übertragen, und der Sinn des Antrages ist klar. Die Betriebe nach kaufmännischem Muster einzurichten, d. h. sie kapitalistisch einzurichten. So, daß die städtischen Arbeiter bis zum Weißbluten gezwungen werden. Die städtischen Betriebe zweckmäßig einzurichten, heißt, sie so gestalten, daß die Proleten recht niedrige Löhne bekommen und dafür feste Dividenden kriegen. Das kann nur durch eine Umwandlung der Betriebe in eine Handelsgesellschaft privaten Rechts geschehen. Des heutigen bürgerlichen Gesetzes, das es für recht und gut befindet, daß die Proleten bei stabiler Arbeit vergewaltigt werden, während die Bourgeois bei Mühsal ein festes Leben führen! Des heutigen bürgerlichen Gesetzes, das den Diebstahl am Proletariat für heilig und gerecht erachtet. Also kurz gesagt: durch die Umgestaltung der Betriebe in kapitalistische Betriebe werden die Proleten bei harter Fron gezwungen werden während die Kapitalisten die Profite einstreifen.

Eine Aktiengesellschaft soll gegründet werden. Als ob das etwas anderes wäre als Kapitalisierung! Privatkapitalisten oder private Aktiengesellschaften werden die Zeilhaber der U.S. und sie werden es verstehen, sich den größten Einfluß in der Verwaltung zu verschaffen. Sie werden ihre Methode durchsetzen. Das ist entscheidend!

Der Kapitalismus ist heute darauf angelegt, sich immer mehr zu vergrößern. Nur durch kann er seinen Untergang hinauszögern. Je mehr er diesem entgegensteht, um so intensiver betreibt er die Vernichtung und Ausbeutung kapitalistischer Betriebe. Es ist kein Zufall, daß zur selben Zeit, wo in Breslau der Magistrat den obigen Antrag bringt, auch ein neuer Feldzug gegen die Arbeiterbahnen eröffnet wird. Die Entkommunalisierung der städtischen Betriebe soll mit Hochdruck betrieben werden. Darum wird von den Kapitalisten jetzt der Kampf auf der ganzen Linie eröffnet.

Durch das Vorgehen gegen die Straßenbahn sollen diese innerlich zerspalten und der Kampfgeist gelähmt werden. Durch den Antrag des Magistrats soll das Werk im Stadtparlament vorbereitet werden.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten am Donnerstag eine Feuerprobe zu bestehen. Oft schon haben sie versichert, daß jede Entkommunalisierung städtischer Betriebe verhindern wollen. Jetzt müssen sie zu Wort zu stehen. Es ist ihre Pflicht, ohne Zögern und ohne Debatte den Antrag des Magistrats im Orkus verschwinden zu lassen. Die städtischen Arbeiter müssen jetzt aber nicht stillsitzen. Gegen sie ist der Angriff im öffentlichen Sinne gerichtet. Sie werden unter dem neuen System bluten müssen. Darum ist es ihre Aufgabe, jetzt in den städtischen Betrieben möglichst die einheitliche proletarische Arbeit zu organisieren. Ob SPD-Mann

oder Kommunist ob Parteiloser oder Christ einmütig und geschlossen muß die städtische Arbeiterchaft sich gegen die Entkommunalisierung erheben.

Der Angriff des Magistrats ist aber auch eine Herausforderung der gesamten Breslauer Arbeiterchaft. Durchgeführt, würde er eine Stärkung des Kapitalismus, also praktisch eine Verschärfung der Klassenkämpfe bedeuten. Dagegen muß Front gemacht werden. In allen Betrieben müssen die Breslauer Proleten zu dieser Probation des Magistrats Stellung nehmen. Den Herren im Rathaus darf kein Zweifel darüber erwachsen, daß die Gesamtarbeiterchaft Breslaus die Entkommunalisierung durchkreuzen wird.

Die Gefahr ist bitterer. Die Breslauer Arbeiterchaft muß jetzt erkennen, daß es von ihr abhängt, ob Stinnes auch die Breslauer städtischen Betriebe in seine Fänge steckt. Darum dürfen sich die Breslauer Arbeiter nicht auf die räucherhaften Gestalten im Stadtparlament verlassen, sondern müssen in den Betrieben den Kampf gegen die Entkommunalisierung organisieren.

Der Magistrat ist ums Wohl der bürgerlichen Jugend besorgt.

Der Magistrat teilt zur Verlegung des Magdalenenengymnasiums mit: Schon lange Jahre vor dem Kriege hat die Frage der Verlegung des Magdalenenengymnasiums den Breslauer Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung beschäftigt. Die Lage des alten Schulgebäudes, des ältesten Breslaus am jetzigen Scharplatz dicht an der Magdalenenkirche ohne freien Hof, nahezu ohne Licht, so daß noch im Hochsommer vormittags das gebrannt werden muß, stehen die Verhältnisse geheimer Räumlichkeiten jenseits des mehr unauflösbar erscheinenden Nachlagers hin und her einigte man sich schließlich über einen Neubau in der Scheitinger Vorstadt. Dann brach der Krieg aus, und seine Nachwirkungen ließen für lange Zeit hinaus alle Neubaupläne scheitern. So ruhte das Projekt der Verlegung, bis eine andere Folgeerscheinung des Krieges — der Geburtenrückgang und die stetig verminderte Zahl der Volksschulkinder — mehr und mehr sich geltend machte. Ueber 100 Volksschulklassen sind im beginnenden neuen Schuljahr entbehrlich geworden; sie können eingeprengt werden, ohne daß die Schülerzahl in den übrig bleibenden Klassen steigt. Da lag es nahe, dem Gedanken einer besseren Unterbringung des Magdalenenraums erneut näher zu treten und etwa frei werdende Räume dieser Anstalt zu verwenden, wobei man sein Augenmerk, entsprechend den ursprünglichen Absichten, von Ende nur auf die Scheitinger Vorstadt lenkte, in der etwa die Hälfte der Schüler des Magdalenenengymnasiums wohnt.

In der Pestalozzi-Schule an der Michaelisstraße, in der bis über den Krieg hinaus ein Bazarett und die Kreisoberlehrerschule untergebracht war, und das insgesamt 20 Klassen in sich bereinigt, sind zu etwa 9 Klassenräume frei geworden. Für die beiden Abteilungen des Magdalenenengymnasiums, die humanistische und die realprogymnasiale, werden einstmals die Räume für den naturwissenschaftlichen Unterricht insgesamt 19 Klassen benötigt. Es käme also nur eine Verlegung von 10 Volksschulklassen in Frage, um den für das Gymnasium erforderlichen Unterrichtsraum zu schaffen. Dabei der bestehenden Raumnot es ohnehin die Aufgabe der Schulverwaltung sein muß, die vorhandenen Räume möglichst zweckmäßig zu verwerten, da das nur durch gezielte Zusammenlegung sich erreichen läßt, und da endlich durch das Hinausverlegen der Volksschulklassen für keines der Kinder ein weiterer Schulweg zu entstehen braucht, trug der Magistrat seine Gedanken zwei Stockwerke des einstigen Gebäudes der Pestalozzi-Schule für das Magdalenenengymnasium zu bestimmen, und die Bemessung der durch die Verlegung entstehenden Kosten bei der Stadtverordnetenversammlung zu beantragen. Die beiden anderen Stockwerke und das ganze obere Gebäude bleiben den Volksschulen vorbehalten. Der Magistrat verheißt sich nicht, daß es immer möglich ist, den Volksschulunterricht in einem Raum zu unterrichten. Wenn er sich trotzdem zu der Absicht entschlossen hat, so geschah das aus demselben weil er sich verpflichtet fühlt, für alle Kinder der Stadt gleichmäßig zu sorgen und weil der Volksschulunterricht kein Recht besitzt, als wie schon jetzt einwandfrei feststeht, mit einer Zunahme der Gesamtzahl der Volksschulkinder in den nächsten 10-14 Jahren nicht zu rechnen ist. Die Kosten der Verlegung werden durch Ersparnisse auf anderem Gebiet (Ersparnisse einzelner Schulbetriebe, eines Heizers u. a.) schon in einem Jahre wieder eingebracht. Es sprechen Lehrende alles sachlichen Gründe nur für die Ueberlassung der 19 Klassenräume der Pestalozzi-Schule an das Magdalenenengymnasium. Selbstverständlich mußte zunächst die Verlegung der bisher in anderen Klassen- und sonstigen ungeeigneten Räumen untergebrachten Schulklassen durchgeführt werden. Nachdem das aber geschehen ist — die Schulverwaltung hat in den letzten Jahren mehr als 60 Wohnungen ihrer eigentlichen Zweck wieder zugeführt — könnte es heute ausnahmsweise rechtsergütlich, wenn der danach verbleibende freie Schulraum nicht so ausgenutzt würde, wie es den gegenwärtigen Forderungen entspricht.

Das Magdalenenengymnasium soll die neuen Räume bereits in den nächsten Wochen beziehen, damit die Umstellungen von anderen Lehrplänen nach dem Magdalenenengymnasium und Ueberführung ohne Störung des Unterrichts und ohne Schließung der bisher vollgelegten Klassenräume in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden kann. Es ist zu erwarten, daß die älteste

Breslauer Schule in ihren neuen Räumen einen kräftigen Aufschwung erleben wird.

Der Magistrat verheißt es nicht ausdrücklich, die öffentliche Meinung zu befragen, wenn es sich um die Interessen der Bourgeoisie handelt. Natürlich, für die armen Gymnasialisten, die unter den schlimmsten Verhältnissen zu unentgeltlich leben, muß gefordert werden. Deshalb wird in der Öffentlichkeit großes Interesse an der Sache, wie notwendig die Sache ist, um so den Parlamentarismus zu beeinflussen. Es wird Aufgabe der christlichen Arbeitervertreter im Stadtparlament sein, die Sache genau zu prüfen und erst dann dem Verlangen des Magistrats stattzugeben, wenn feststeht, daß die Umsiedlung im Interesse der gesamten Bevölkerung Breslaus liegt.

Der Breslauer Feuerbestattungsverein „Flamme“ veranstaltet am Freitag, den 20. d. Mts. im großen Saale des Gewerkschaftshauses einen öffentlichen Abend mit Aufführung des Breslauer Krematoriumsbaus. Zu dieser Veranstaltung wird der Verein der Proleten für Feuerbestattung, Ortsgruppe Breslau, seinen Propagandaabteil, welcher Originalaufnahmen Berliner Krematorien sowie den vollständigen Gang einer Feuerbestattung im Krematorium bis zur Einführung des Sarges in den Ofen zeigt, zur Verfügung stellen. Allen unseren Mitgliedern, aber auch allen Freunden und Anhängern der Feuerbestattung, ist der Besuch des Abends jetzt schon empfohlen, umso mehr, da der Film das erste Mal in Breslau gezeigt wird. Die Inserate der hiesigen Tageszeitungen berichten dazu noch das Nähere. Zur Deckung der hohen Kosten wird ein Eintrittsgeld von 200 Mark erhoben.

Die Sprechstunden der Kreisjugendpfleger. Um den berechtigten Wünschen der Jugendbünde und -vereine nach Möglichkeit entgegenzukommen, haben die Kreisjugendpfleger bestimmte Sprechstunden untereinander vereinbart. Sie sind anzutreffen: Kreisjugendpfleger Grosser und Kreisjugendpfleger Müller für die Bezirke 1 und 2 (Dektor und Mikolajtor) Mittwochs von 5-8 Uhr in der Oberstraße, Marktstraße 5; Kreisjugendpfleger Rauber für die Bezirke 3 und 4 (Innere Stadt und Ohlauer Vorstadt) täglich außer Sonntagen von 1/8-1/7 Uhr im städtischen Jugendheim; Kreisjugendpfleger Wenig und Kreisjugendpfleger Jäger für die Bezirke 5 und 6 (Gülden- und Gräbener Vorstadt) Donnerstags von 6-7 Uhr im Jugendheim. Im Interesse aller Beteiligten wird gebeten, immer möglichst zu Beginn der Sprechstunde zu kommen, da die Kreisjugendpfleger abends die Vereine aufsuchen müssen und da sonst die Gefahr besteht, daß Spätkommende nicht mehr abgehört werden können.

Die Trinkwasserleitungen auf den öffentlichen Straßen und Plätzen werden häufig von Kindern beschädigt, hiemit seien sogar verurteilt. Da hierdurch der Stadt beträchtlicher Schaden erwächst, richten wir an die Eltern und Erzieher die dringende Bitte, die ihrer Obhut anvertrauten Kinder im Interesse der Allgemeinheit von den Trinkwasserleitungen fernzuhalten. Auch häufen sich die Fälle, in denen von Unberechtigten Wasser aus den Druckkähnen entnommen wird. Den Druckkähnen darf nur beim Versagen der Hauswasserleitungen und zum Trinken der Pferde unterwegs öffentlicher Fußwege Wasser entnommen werden. Jede weitere Wasserentnahme gilt als Wasserschwarzhandel und hat gerichtliche Verfolgung zur Folge. — Was doch nicht alles! Ist nicht und bestraft wird. Nächstens darf man nur noch mit behördlicher Genehmigung atmen.

Provinzialles.

Jugeneinlegung. Die Reichsbahnverwaltung teilt mit: Von dem seit Januar zur Verminderung des Kohlendioxidrauchs fortgeführten Rügen werden, abgesehen von den für einzelne Strecken inzwischen getroffenen Änderungen, die nachstehend angegebenen Züge wieder eingeleitet:

Zug Nr.	Von	Nach	Wochentage	Wochentage	Wochentage
a) Vom 11. April d. J. ab:					
D 110	Breslau Hbf.	5 1/2	Erzgeb.	5 1/2	
D 125	(Dresden)	5 1/2	Erzgeb.	5 1/2	
b) Vom 16. April d. J. ab:					
264	Breslau Hbf.	7 1/2	Wegnitz	9 1/2	
215	Wegnitz	7 1/2	Breslau Hbf.	9 1/2	
189	Sagan	7 1/2	Wegnitz	9 1/2	
192	Siegersdorf	7 1/2	Sagan	9 1/2	
193	Girsdorf	7 1/2	Landshut	9 1/2	
194	Landshut	7 1/2	Girsdorf	9 1/2	
195	Greiffenberg	7 1/2	Haldberg	9 1/2	
196	Haldberg	7 1/2	Greiffenberg	9 1/2	
197	Greiffenberg	7 1/2	Wegnitz	9 1/2	
198	Wegnitz	7 1/2	Greiffenberg	9 1/2	
199	Wegnitz	7 1/2	Landshut	9 1/2	
200	Landshut	7 1/2	Wegnitz	9 1/2	
201	Wegnitz	7 1/2	Breslau Hbf.	9 1/2	
202	Breslau Hbf.	7 1/2	Wegnitz	9 1/2	
203	Wegnitz	7 1/2	Landshut	9 1/2	
204	Landshut	7 1/2	Wegnitz	9 1/2	
205	Wegnitz	7 1/2	Breslau Hbf.	9 1/2	
206	Breslau Hbf.	7 1/2	Wegnitz	9 1/2	
207	Wegnitz	7 1/2	Landshut	9 1/2	
208	Landshut	7 1/2	Wegnitz	9 1/2	
209	Wegnitz	7 1/2	Breslau Hbf.	9 1/2	
210	Breslau Hbf.	7 1/2	Wegnitz	9 1/2	

Im Uebrigen wird auf die zum 16. April zum Ausgang kommende neue Bekanntmachung aufmerksam gemacht.

Freier sind ab Montag, den 16. April, nach folgende Rüge wieder eingeleitet: 220 Breslau Hbf. ab 6 1/2, Charlottenburg an 1 1/2; 219 Charlottenburg ab 6 1/2, Breslau Hbf. an 1 1/2; 281 Sommerfeld ab 7 1/2, Köstfurt an 2 1/2; 240 Köstfurt ab 7 1/2, Sommerfeld an 2 1/2; 658 Siedlau ab 7 1/2, Raudten an 7 1/2; 659 Raudten ab 8 1/2, Siedlau an 8 1/2; 877 Glogau ab 7 1/2, Wegnitz an 8 1/2; 895 Wegnitz ab 1 1/2, Glogau an 12 1/2.

Neue Bekanntmachungen der Reisenden. Zur Verhinderung unerwünschter Auszüge ins Ruhrgebiet haben sich Qualitätskontrollen als notwendig erwiesen. Um sie zu erleichtern und dem reisenden Publikum Unbequemlichkeiten zu ersparen, wird diesem empfohlen, sich mit Ausweispassieren zu versehen.

Patentverlehr mit dem Ruhrgebiet. Nach folgenden Orten des Ruhrgebietes sind gewöhnliche Pakete aus dem unbesetzten Deutschland wieder zugelassen: Witten, Dortmund (St. Westmann), Düsseldorf (St. Westmann), Essen (St. Westmann), Mülheim (St. Westmann), Solingen (St. Westmann), Metzingen, Lünen (St. Westmann), Witten (St. Westmann), Witten (St. Westmann). Nach Gewerkschaften werden Pakete jedoch nicht angenommen.

Freiburg, S. P. D. Versammlung. Am Sonntagabend hielt der Wahlverein der SPD. eine öffentliche Versammlung ab. U. B. Referent war der Abgeordnete Feldmann aus Langenbielau erschienen. Der Saal war reichlich besetzt, fast zur Hälfte von unseren Genossen, die gespannt waren auf den Ausweg aus der heutigen Misere, den ihnen der Referent zeigen sollte. Aber sie hatten gefehlt. Der Referent sprach nur, um zu reden, was auch nachträglich von SPD-Genossen anerkannt wurde. Er sprach ziemlich ruhig, nur einige Stellenhiebe nach den Kommunisten, sonst keine Angriffe. Als in der Diskussion die Genossen Schubert, Berger, Kruppe sprachen, gab es Tumult, der aber doch von einigen christlichen Spalstern unterbrochen wurde. Die Genossen sprachen sehr ruhig und sachlich, was auch vom Versammlungsleiter und einigen anderen SPD-Mitgliedern anerkannt wurde, mit der Hoffnung, daß man nur einen Weg gefunden habe, sich zu verständigen. Aber sie sollten die Rechnung ohne den Referenten gemacht haben. Im Schlusswort sagte er nur so von Angriffen und Verdröhnungen. Manchem SPD-Genossen mag dabei nicht wohl zu Mute gewesen sein. Wir sagen aber dem Herrn Feldmann: nur weiter so, dann ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo das, was unsere Genossen betonen haben, Tatsache ist, nämlich die Einheitsfront der Arbeiter, ohne die Führer.

Waldburg, Beratung statt OIT. Das städtische Präseamt teilt zur Schließung des städtischen Säuglingsklinik mit:

Die städtische Säuglingsklinik, Albertstraße 2, mußte am 1. April d. J. bei schwierigen Zeitverhältnissen wegen, hoffentlich nur vorübergehend, geschlossen werden. In den bisherigen Anstimmungen wird durch Beschluß der städtischen Körperschaften die Krankenfürsorge in Form einer Beratungsstelle für kranke Kinder jeden Alters (auch Säuglinge) fortgeführt. Die Aufgabe dieser Beratungsstelle wird es sein, die Eltern kranke Kinder über deren Pflege und Erziehung zu beraten und unter Berücksichtigung des sozialen Milieus der Kinder und Ausnutzung sämtlicher in Stadt und Kreis vorhandenen Wohlfahrts-Einrichtungen und Fonds die Sozialbehandlung in die Wege zu leiten (Unterbringung in Kinderheimen usw.). Die Beratung der Kinder geschieht kostenlos. Außerdem soll eine unentgeltliche Behandlung kranker Kinder in denjenigen Fällen stattfinden, wo ein Anspruch auf eine Krankentafelbehandlung nicht besteht und Armut oder Bedürftigkeit vorliegt.

Die Beratungsstunden sind Montag und Freitag von 5-8 Uhr und finden Albertstraße 2 statt. Es kommen nur Kinder aus Waldburg und Stadteil Althausen in Betracht. Hierbei ein Schlag gegen die Arbeiterchaft, denn die Bourgeoisie kann ihre Kinder in teure Kliniken oder Großstädte schaffen. Was nützt der Arbeiterchaft die Beratung, wenn die Mittel zur Hilfe fehlen. Durch die Schließung der Säuglingsklinik wird massenweise Säuglingsmord verübt. Es kommt mit auf Schuldkonto der bürgerlichen Gesellschaft.

Anordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel. Durch Erlass vom 23. 3. 1923 des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt wird mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums die Geltungsdauer der Anordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 1. 9. 20 in der Fassung der Bekanntmachungen vom 16. 9. 21, 27. 3. 22 und 1. 7. 22 bis zum 1. 6. 23 verlängert. Im § 3 und § 13 unserer Anordnung vom 1. 9. 20 in der Fassung vom 1. 9. 21 bezw. 27. 3. 22 und 1. 7. 22 sind daher die Worte: „bis zum 31. 3. 23“ durch die Worte: „bis zum 30. 6. 23“ zu ersetzen. § 15 erhält folgende Fassung: Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Kost- und Pflegetender. Die Volkshilfsverwaltung beugt wiederholt in Erinnerung, daß nach der Volksberichterstattung vom 10. Februar 1881 Kinder unter 6 Jahren gegenwärtig nur nach vorheriger polizeilicher Genehmigung, die schriftlich oder mündlich im Volkskassenbuch des Hofes, Zimmer 29 nachzuweisen ist, a. Kost und Pflege genommen werden dürfen. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft. Auch ein Zeichen moderner Ordnung, daß bei Verhandlungen gegen Gelehrte von 1881 keine Bestrafung werden.

Stillerbach. Vorbereitungen zur Maifeier. Am 8. April fand im Rathhof zum Raben eine Mitgliederversammlung der SPD. statt, zu der die Vorstände der jeweiligen Arbeitervereine, der BSW, sowie die Betriebsräte der Porzellanfabrik, der Keramikwerke und der Weberlei geladen waren, zur Besprechung einer gemeinsamen Maifeier. Die familiäre Geladene waren erschienen. Es besteht

die Aussicht, daß hier eine geschlossene, einseitige... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Brüder! Kollegen! Hebt und in unermesslichen... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

daß er auf der anderen Seite... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

über die Sammellisten der revolutionären... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Sieben, Ausbeutung. Die Firma G. & S. W. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Zum Abschluß der Lohnbewegung in der Breslauer Metallindustrie. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Mitgliederversammlung des Bekleidungs-Arbeiterverbandes Breslau. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Genosse und Genossin werbe dich für dein Partei-Organ. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Kolleg 06. Polizeigenossen die Kommunistische Jugend. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Zur Gewerkschaften und Betrieben. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Frankreich. Der Kongress der Betriebskomitees der Pariser Metallarbeiter. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiterkampf der Angestellten. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Wie Heimarbeiterrinnen in der Wälder, Kinderkleidchen und Plusen-Konfektion entlohnt werden? ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Arbeiter-Sportbewegung. Schwermathletik. ... Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Das Ergebnis der Pariser Konferenz

Wertschätzung des Ruhrkrieges.

Die französisch-belgische Ministerkonferenz in Paris beschloß, den Ruhrkrieg mit beschleunigten Mitteln fortzusetzen, bis die Reichsregierung einen konkreten Vorschlag macht. Es wurden neue Sanktionen und Zwangsmaßnahmen militärischer, politischer und wirtschaftlicher Natur beschlossen. Die Besatzungstruppen sollen weiter vergrößert, eine weitere Anzahl französischer Eisenbahnen herangezogen und deutsche Eisenbahnen ausgewiesen, ferner die Verladung von Kohlen und Koks nach Frankreich intensiver gestaltet werden. Zu diesem Zwecke soll auch die Zahl der Soldaten zur Verladung des Koks auf 20 erhöht werden. Die französische Industrie hofft mit diesen erhöhten Kokslieferungen bald wieder alle Hochöfen anbläsen zu können.

Neben diesem beschleunigten Kampfe, dessen Kosten einzeln und allein die Arbeiterklasse tragen soll, geht aber der Ruhrhandel um ihre Arbeitskraft weiter. Loucheur war in England und kehrt nach der belgisch-französischen Konferenz wahrscheinlich wieder dorthin zurück. Die „Times“, das englische Regierungsorgan, kommt Polinare in der Frage der „Eisenbahnen“ stark entgegen und betont die Bereitwilligkeit Cunos, auch vor der Räumung des Ruhrgebietes in Verhandlungen einzutreten. Der „Matin“ will sogar wissen, daß die englische Regierung Cuno als niedrigste Grenze eines annehmbaren Angebotes 40 Goldmarken genannt haben soll.

Gleichzeitig veröffentlicht die Cuno-Regierung ihren Telegrammwechsel mit ihrem Pariser Vorkämpfer zur Zeit der Januar-Konferenz. Diese Veröffentlichung soll den Beweis liefern, daß Cuno damals einen fertigen Plan mit Unterstützung der Schwerindustrie ausgearbeitet hatte, der jedoch infolge der abweisenden Haltung Poincares nicht vorgelegt werden konnte.

Cuno und Poincare suchen nach einer Brücke. Die 2. Internationale ist der Brückenbauer. Die Arbeiterschaft weiß aber mit dem Kampfe gegen Poincare Ernst machen, in dem Bewußtsein, daß jede kapitalistische „Verständigung“ auf ihre Kosten geschieht. Darum: Heraus mit Poincare aus dem Ruhrgebiet und fort mit Cuno!

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, können in der Reparationsfrage gegenwärtig folgende Punkte als feststehend angesehen werden: 1. Deutschland hat auf die Formel verzichtet, vor Räumung des Ruhrgebietes keine Verhandlungen zu beginnen, 2. Frankreich gibt zu, daß Deutschland sich mit seinen Vorschlägen an alle Alliierten wenden kann, und nicht nur Frankreich und Belgien, 3. Frankreich wird eine Reparationssumme von 28 Milliarden Goldmark annehmen unter der Bedingung, daß seine Schuld an Amerika und England annulliert würde, 4. Deutschland wird allen Alliierten 38 Milliarden Goldmark anbieten, wovon der Betrag von einer interalliierten Kommission, wahrscheinlich als der deutschen Zahlungsfähigkeit entsprechend angesehen werden kann, 5. das Prinzip der Entmilitarisierung des Rheinlandes wird sowohl von Frankreich als auch von Deutschland angenommen werden.

An die gesamte arbeitende Jugend Deutschlands!

Junge Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die auf ihrem 7. Reichstagskongress in Chemnitz zusammengetretene kommunistische Jugend Deutschlands hat die Lage der ganzen jugendlichen Arbeiterschaft geprüft, und hält es für ihre Pflicht, sich an Euch zu wenden, um jedem jungen Arbeiter und jeder jungen Arbeiterin zu sagen, was die Stunde feht von jedem einzelnen.

Von größter Not und grenzenlosem Elend ist die arbeitende Jugend bedroht. Die Entlassungen sprechen eine zu deutliche Sprache, und jeder von uns spürt es selbst an seinem Körper, in seinem Magen, auf seinem Rücken, was es heißt, sein Leben dafür hergeben zu müssen, damit eine prasselnde und faulende Spitze von Kapitalisten wieder ungehindert die Macht ausüben kann.

Fühlt Ihr das nicht jeden Tag auf Eurer Arbeitsstätte? Niedriger Lohn, verlängerte Arbeitszeit! Wo bleibt die Erfüllung Eurer alten Wünsche?

Merkt Ihr nicht jeden Tag in der Schule, was man mit Euch vor hat? Nationalistisch verpackt man Euch! Vaterlandsparteidiger sollt Ihr wieder werden!

Wißt Ihr, was das bedeutet? Die kapitalistischen Herren der Welt suchen einen Ausweg aus der Sackgasse, in die sie durch den Weltkrieg geraten sind und können ihn nicht und werden ihn nicht finden. Nur die Arbeiterschaft könnte das, aber dazu müßte sie ihre Ausbeuter zum Teufel jagen. Viele aber suchen sich, solange es geht, an der Macht zu halten. Sie machen die arbeitenden Massen wirtschaftlich und politisch und suchen sie völlig zu versklaven. Mit der Jugend glauben sie dabei noch am leichtesten fertig werden zu können.

Widerstand heißt die Lösung! Seht Euch zur kräftigen Gegenwart! Erlaubt nicht dem sterbenden Kapitalismus seinen Untergang auf Kosten Eures schon jetzt nicht mehr menschenwürdigen Lebens hinauszuschieben!

Die kommunistische Jugend wird mit Euch in einer Reihe kämpfen. Sammelt Euch in den Betrieben und schließt Euch der kommunistischen Jugend an, verbindet Euch mit der erwachsenen Arbeiterschaft, damit wir alle organisiert

Der Bergarbeiterstreik im Saargebiet.

Saarbrücken, 13. April.
Der Bergarbeiterstreik im Saargebiet wird unbeschadet der Arbeitsaufnahme in Elsass-Lothringen fortgeführt, da die Direktoren unannehmbar Bedingungen gestellt hat. Sie fordern eine bedingungslose Aufnahme der Arbeit, die Maßregelung von 1000 „Agitatoren“ und Entlassung aller Bergarbeitersekretäre, die von der Elsser Zentrale ernannt wurden.

Die Lothringer Bergarbeiter haben eine Niederlage erlitten. Für die künftigen Kämpfe ist es jedoch von ungeheurer Bedeutung, daß über 10 000 Bergleute, teils aus dem reformistischen Verband, teils solche, die diesem Verband schon früher den Rücken kehrt, jetzt in den Lothringerverband eingetreten sind. Außer den 3000 Maßregelungen sind über 200 Kameraden verhaftet.

Der Wille und Brutalität des Unternehmers

Ein reaktionäre Welle überflutet Deutschland. Immer frecher treten die faschistischen Banden auf, am hellen Tage halten die Monarchisten ihre bewaffneten Paraden ab. Der französische Militarismus im Dienste der internationalen Bourgeoisie bereitet die Niedererschlagung der revolutionären Arbeiter an der Ruhr vor. Die Arbeiterklasse wird nun Schlagen machen müssen mit talentlosem Zirkus! Willkür von Abwehrhundertkämpfen ist auch für die Jugend die Parole! Reißt Euch ein in diese!

Beteiligt Euch in großen Massen an den Demonstrationen gegen Kriegsgelände und Reparationen vom 15.-30. April. Diese aber werden nur ein Auftakt sein für die

Massenaufmarsch der proletarischen Jugend am 1. Mai.

In diesem Tage muß die Bourgeoisie erlittern vor den Willensstundgebungen:

Gegen den weißen Militarismus und die Kriegsgelände!

Gegen Reaktion und Faschismus!

Gegen das Arbeitszeitgesetz, das der Jugend den Achtstundentag bringt!

Damit aber soll der Kampf nicht zu Ende sein. Das ganze Jungproletariat Deutschlands muß sich jetzt erheben und in einheitlicher Front gegen alle seine Feinde weiterkämpfen bis zu ihrer Niederwerfung.

In Pfingsten wird die proletarische Jugend überall demonstrieren für die Einheitsfront im Kampfe!

Junge Arbeiter Deutschlands! Vor Euch steht jetzt die Aufgabe, dem Kampf der erwachsenen Arbeiter noch größere Kraft und durchdringenden Zugang Verstärkung und Schwung zu verleihen. Wir sind gewiß, daß Ihr den Ernst und die Aufgabe der Stunde versteht.

Es lebe der Kampf der proletarischen Jugend!

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Im Auftrage des 7. Reichstagskongresses der Komm. Jugend Deutschlands:

Die Reichsjugend.

Naherliche Kommunistenlehre an Dorth.

West, 14. April.
Bestern wurden am Nordbahnhof durch Zufall zwei Wagen, deren Ladung als Maschinenteile befürchtet waren, entdeckt. Der Inhalt aber hauptsächlich aus Geschloßenen bestand. Sie wurden beschlagnahmt. Die Geschloßenen lagen aus Stahl im Stahl und teilten sich in Richtung nach Ungarn weiter. Der Grund zu der Annahme war, daß es sich um eine Verschleierung aus Bayern an die ungarischen Grenzgebiete handelte. Das Wiener Grenzgebiet hat umfassende Verbindungen wegen des Transportes eingeführt.

Der Kommunistenprozess in Budapest.

Bestern hat in Budapest der seit langem vorbereitete Prozess gegen 89 Kommunisten, darunter: Gál, Ördög, u. a., begonnen. Die Hauptangeklagten sind Ördög, die nach Budapest zurückgekehrten, die übrigen Arbeiter verschiedener Kategorien. Sie werden angeklagt eine illegale Partei organisiert, ein Programm ausgearbeitet und auch eine illegale Zeitung herausgegeben zu haben. Der Verhandlungssaal mußte zur Abhaltung des Massenprozesses eigens umgebaut werden. Der Angeklagten der Angeklagten wurde der Eintritt ins Gericht verweigert. Dagegen wurden zur Vernehmung der holländischen Staatsminister „Grosz Gense“ Magyars in den Subterranean zugelassen.

Genosse Bölein in Poincares Gefangnis.

Der „Rote“ Bohne wird am 14. April aus Paris gemeldet:
Poincare erklärte auf eine Anfrage, Genosse Bölein sei wegen Gefährdung der inneren Sicherheit des französischen Staates mit 1000 Franc Haftsumme verurteilt worden. Aus diesem Grunde mußte gegen ihn ein Gerichtsverfahren eingeleitet werden, wobei weder der Umstand, daß er Ausländer sei, noch seine Unschuld als deutscher Reichstaatsangehöriger in Betracht genommen werden konnte.

Gegen die Begünstigung konterrevolutionärer Bestrebungen

richtet sich folgende große Anfrage der kommunistischen Fraktion im Preussischen Landtag:
Die angeblich perbene „Deutschnationale Freiwirtschaft“ hat am Dienstag, den 10. März in Schöneberg im Gesellschaftshaus des Westend, Hauptstraße 30/31, eine Versammlung abgehalten. Die Polizei-Inspektion Schöneberg aus dem Mitglied der SPD, dem früheren Mitglied des Abgeordnetens, Otto Strobel, und von Kommunisten auf das Statut dieser Versammlung hingewiesen, lehnte an. Es schritten mit der Begründung ab, die Versammlung sei vorher polizeilich angemeldet und genehmigt worden.

Bei der beschuldigten Veranstaltung wurde auch das Schülerorchester „Marburg“ mit. Das obige Mitglied der SPD und die Mitglieder der SPD haben allerdings festgestellt, daß dieselbe Polizei, die ein Vergehen gegen die verbotene deutschnationalistische Veranstaltung ablehnte, diese sogar ausdrücklich genehmigt hatte, sich in erhöhter Märschschritt befand, weil an demselben Tage eine Protestversammlung der kommunistischen Partei wegen des Verbot der „Rote Fahne“ stattfand.

Wie will der Staatsminister diese offensichtliche Begünstigung konterrevolutionärer Bestrebungen rechtfertigen?

Die sieben Jahre.

Ein sozialer Roman von Jas-London.

7. Kapitel

Die Vision des Bischofs.

„Der Bischof ist von Sinoren“, schrieb mir Ernst. Er befindet sich gänzlich in der Luft. Heute Abend will er damit beginnen, in unserer elenden Welt wieder Ordnung zu schaffen. Er will seine Vorträge verändern. Er hat es mir gesagt, und ich kam ihm nicht davon abhalten. Heute Abend führt er den Vorsitz in der Versammlung der S. J. P., und er will gleich in seinen Einführungsworten seine Vorträge zum Ausdruck bringen.

Soll ich mich mitnehmen, daß du ihn hörst? Er ist freilich im Voraus schon zum Mißgeschick verurteilt. Es wird dem und sein Herz brechen, aber es wird für dich eine ausgezeichnete Lehrstunde sein. Du weißt, mein Herz, wie stolz ich darauf bin, daß du mich liebst. Und deshalb möchte ich, damit du meinen vollen Wert kennen kannst, in deinen Augen das wieder gut machen, was du an mir uniprichtig erachtet sein magst. Und so will es mein Stolz, daß du meine Meinung als korrekt und richtig erkennen sollst. Meine Ansichten sind hart, aber der Mißgeschick einer so edlen Seele wie der des Bischofs wird dir sagen, weshalb ich zu solcher Härte gezwungen bin. Komme also heute Abend. So traurig sich auch heute Abend ereignen wird, so süßlich ich doch, daß es dich nur noch näher zu mir hingehen wird.“

und begann unerwartet:

„Ich fuhr in meinem Wagen durch die Straßen der Stadt. Es war Abend. Hin und wieder sah ich durch die Wagenfenster, und plötzlich schienen meine Augen geöffnet zu sein, und ich sah draußen die Wirklichkeit. Zuerst verdeckte ich meine Augen mit den Händen, um ihnen den schrecklichen Anblick zu verschleiern, aber dann, in der Dunkelheit, überkam mich die Frage: Was ist zu tun? Eine Weile später überkam mich die Frage in anderer Weise: Was würde der Heiland tun? Und mit dieser Frage schien ein gewisses Licht den Platz zu erhellen, und ich erkannte scheinbar meine Pflicht, wie Saulus die seine auf dem Wege nach Damaskus.“

„Ich liefi kalten, flieg aus und überredete nach einer kurzen Unterhaltung zwei der unglücklichsten Frauen mit mir in meinem Wagen Platz zu nehmen. Wenn Jesus recht hatte, dann waren die beiden unglücklichsten meine Schwestern, und die einzige Hoffnung auf ihre Besserung lag in meiner Liebe und Barmherzigkeit. Ich wohnte in einer der armutsvollsten Gegenden von San Francisco. Mein Haus kostete hunderttausend Dollars, und die Möbel, Bibliothek und Kunstgegenstände sind noch viel mehr wert. Es ist ein Herrschaftshaus, nein, es ist ein Palast, in dem viele Bedienten sind. Ich habe nie gemußt, woher Paläste gut sind. Ich hatte gedacht, um darin zu leben. Aber jetzt weiß ich es. Ich nahm die beiden Frauen von der Straße in meinen Palast, und sie werden darin bleiben. Ich hoffe jeden Raum in meinem Palast mit solchen Schwestern, wie diese beiden, auszufüllen.“

Die Zuhörer wurden immer unruhiger, es wurde ihnen immer unbehaglicher, und die Gesichter derer, die auf der Bühne saßen, prackten immer größeren Schreien und immer größere Niedergeräusche. Und an dieser Stelle stand Bischof Dickinson auf und sagte mit einem Ausdruck des Widerwillens auf seinem Gesicht, von der Rednerbühne und aus der Halle fort. Aber Bischof Morehouse, der alles um sich her bewegte und dessen Augen von keiner Bänke voll waren, fuhr fort:
„Oh, Schwestern und Brüder, in dieser meiner Handlungsweise fand ich die Beilegung aller Schwierigkeiten. Ich wußte bisher nicht

wofür es Wagen gab. Nun weiß ich es. Sie sind dafür da, damit die Schwachen und Kranken und Alten darin fahren; sie sind dafür da, daß denen Ehre erwiesen werde, die das Gefühl der Scham verloren haben.“

„Ich wußte nicht, wozu die Paläste gebaut waren, aber jetzt habe ich herausgefunden, was zu sie nützlich sind. Die kirchlichen Paläste sollten Hospitäler und Schulen für die Armen, die auf Abwege geraten und in Gefahr sind.“

Er machte eine lange Pause, gänzlich von seinen Gedanken überwältigt und nervös erragt, wie er diese am besten zum Ausdruck bringen konnte.

„Ich bin nicht geeignet, liebe Brüder, Ihnen etwas über Moral zu sagen. Ich habe zu lang in Schmach und Heuchelei gelebt, als daß ich imstande sein könnte, anderen zu helfen; aber meine Handlungsweise mit den Frauen, meinen Schwestern, sagt mir, daß der bessere Weg leicht zu finden ist. Für diejenigen, die an Jesus und sein Evangelium glauben, kann es kein anderes Verhältnis zwischen den Menschen geben, als das der Liebe. Liebe allein ist stärker als Sünde — stärker als Tod. Deshalb sage ich zu den Reichen unter Ihnen, daß es Ihre Pflicht ist, das zu tun, was ich getan habe und tue. Jeder Wohlhabende unter Ihnen möge einen auf Abwege gekommenen in sein Haus aufnehmen und ihn als Bruder, oder eine unglücklichste als Schwester behandeln, und San Francisco wird wieder hell und Friede herrschen, die Gefährdete werden in Hospitäler versorgt werden, und das Verbreiten wird mit den Verbrechern verschwinden.“

Wir mußten uns selbst und nicht nur unter Welt geben. Wir wußten nun, wie Christus tat. Das ist die Botschaft der Kirche heute. Wir sind weit von der Herrn Lehre abgewichen. Wir haben Geld an die Stelle von Christus gesetzt. Ich habe hier ein Gedicht, das die ganze Geschichte erzählt, ich möchte es vorlesen. Es wurde von einer irrenden Seele geschrieben, die demnach Kar sah. Das Gedicht darf nicht als Angriff auf die katholische Kirche mißverstanden werden. Es ist ein Angriff auf alle Kirchen, auf den Papst und den Glanz aller Kirchen, die vom Wege des Meisters abgewichen sind und sich von einem Sammelort abgesondert haben. Hier ist es:

Ermpfehen flangen sithern durch den Dom Und betend lag das Volk auf seiner Knieen; Gefangen von viel Männern sah ich ihn, Gleich einem Gott, den heiligen Herrn von Rom.

Wie das des Priesters war Gemeineth sein Kleid, Der Purpur seiner Bänder löstagsleich; Drei götliche Kronen auf dem Haupt zugleich, Sag heim der Paps in Glanz und Herrlichkeit.

Da dachte ich zurück, wie einst allein Der Heiland wandelt an einzelnen Sorgen, Bergelich suchend eine Kuhellat.

Der Fuchs hat seinen Bau, der Vogel hat sein Nest; nur ich muß milde weiter gehn, Und Tränen setzen meinen langen Weh.

Die Zuhörer waren erschüttert, aber sie auch wortlos nicht. Doch Bischof Morehouse des merkte das nicht. Er fuhr stetig auf seinem Wege fort.

„Und so sage ich zu den Reichen unter Euch, und zu allen Reichen, daß Ihr des Herrn Samt her bitter niederwerft. Ihr hab, Guts Herzert hat gemacht. Ihr habt eure Ohren vor den Stimmen geschlossen, die im Lande rufen — den Stimmen von Sorgen und Weh, die Ihr nicht hören wollt, die aber eines Tages gepöck werden. Und so sage ich —“

Aber an dieser Stelle führten S. J. Jones und Philipp Marx, die sich bereits von ihren Sitzen erhoben hatten, den Bischof von der Rednerbühne fort, während die Zuhörer atemlos und erschüttert dasahen.

„Er hat seine Botschaft ausgerichtet“, rief Ernst. „Die Menschlichkeit und die christliche gene seine Natur ihres Bischofs drachen hervor, und seine christlichen Zuhörer, die im Leben, wegen der Schuld, daß er vernachlässigt hat, die die Bestimmung ist, die von der Kirche weggeführt? Es muß ein Zeichen in der Höhe bei diesem Schauspiel gegeben haben.“

„Inmessen, was der Bischof hat und hat,“ sagte ich, „müß geben Gebraucht worden.“

„Wahrscheinlich“, sagte Ernst, „(S. 100, 101)“

Der Monate Gefängnis für einen kommunistischen Redakteur.

Der kommunistische Redakteur... wird uns gemeldet... wegen angeblicher Beleidigung des Staatsanwalts...

Die Kaufmännische Konferenz.

Die zweite Kaufmännische Konferenz in Kaufmann... hat die Entente aller... dem „gemäßigten Flügel“...

Comödysten sie's wohl haben!

W.B. Barshan, 13. April. „Kurzer Barshan“... meldet, daß aus Wien Meldungen eingetroffen sind...

Weizenähren als Dünger!

Auf unsere Mitteilung, daß der Landbau... Weizenähren als Dünger...

Schulstreik.

Seit dem 4. April streiken in fünf Frankfurter Schulen die Kinder... Die Ursache ist die Entlassung einer großen Zahl von Junglehrern...

Vom Tage.

Flugzeugkatastrophe auf dem Zempelhofer Felde bei Berlin.

Bei den Probenflügen, die vom Berliner Verkehrsamt am Sonnabend auf dem Zempelhofer Feld veranstaltet wurden, ereignete sich eine schwere Katastrophe...

Die Erhebung des Nordpols.

W.B. Newport, 14. April. Nach hier eingetroffener Nachricht hat Amundsen am 13. 4. in Alaska mit einem Hundeschiffen verlassen...

Das Schicksal der Seepropheten.

W.B. London, 15. April. Reuter meldet aus Tokio, das Marine-Ministerium hat eine Nachricht aus Korea erhalten...

Schlesische Rundschau.

Am die Feser der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ im Landkreis Breslau.

Der Wahlkampf im Landkreis Breslau hat begonnen. Am 22. April wird es sich entscheiden, ob die Junker den Kreisrat beherrschen werden...

So ehrt die Bourgeoisie ihre Dichter.

Gerhart Hauptmann wurde in der Hauptmannwoche in Breslau zum deutschen Dichter... erhoben...

W.B. Berlin, 15. April. Eine gestern von dem Antiquariat „Fräulein“ veranstaltete Versteigerung einer 13 gut wie vollständigen Sammlung Hauptmann'scher Erstausgaben...

Kurze Meldungen.

Doppelhäut besser. Alle im Vatikan anwesenden Kardinäle haben die Einladung des Papstes zur Heiligensprechung des Papstes Pius X. erbeten...

Eine neue Kaufmännische Konferenz. Das Generalsekretariat der Kaufmännischen Konferenz hat die kürzlich eingeleitete Delegation in Kenntnis gesetzt...

Zatarennachrichten. Die „Schlesische Volkszeitung“ hat unter der Überschrift: „Die Wirklichkeit des Militarismus in Rußland“...

Macdonald erteilt Ankaufsunterricht. Den Blättern zufolge hat Ramsay Macdonald seine Kollegen in der Arbeiterpartei ersucht...

Der „Bäckerbund“ bekommt einen Bruder. Die „Times“ meldet aus Melbourne: Der australische Premierminister empfahl in einer Rede vor dem Parlament...

Beendigung des irischen Freiheitskampfes? W.B. London, 15. April. Nach einer Reuter-Meldung aus Dublin wurde bei dem gefangenen irischen republikanischen Finanzminister Austin...

Abberufung des polnischen Gesandten in Berlin. W.B. Warschau, 13. April. Polnische Telegraphen-Agentur. Der polnische Gesandte in Berlin, Dr. Madzyski, wird sich nach Beendigung seines Urlaubs in diesen Tagen nach Berlin begeben...

Genosse und Genossin werbe eifrig für dein Partei-Organ.

Kaufe täglich Frauenhaare. Zahle pro Gramm bis 8.- Mk. Selma Kunath, Breslau, Schillerstrasse 21.

Veranstaltungs-Kalender.

KPD Bezirksleitung: Silesia, Silesia, Silesia... KJD Bezirksleitung: Silesia, Silesia, Silesia...

Schauspielhaus. Dienstag und Freitag 7 1/2 Uhr Gastspiel Karl Grünwald Der Graf von Luxemburg...

Zeltgarten Täglich 8 Uhr Robert Bertram die lustig. Vagabunden Groß. Polle. M. Gelang u. Tanz in 4 Aufzügen...

Gebrauchter Handwagen etwa 8 bis 10 Zentner Tragkraft sofort zu kaufen gesucht.

Tüchtige Austrägerin für Westendstraße per sofort gesucht.

Gewerkschaften. Silesia, Silesia, Silesia...

Matthias-Kino Matthiasstraße 38 Moltkestraße 9

Wir liefern Drucksachen aller Art, wie Programme, Eintrittskarten, Plakate, Abzeichen zur Maifeier...

Zahle die höchsten Preise für Gold-, Platin-, Silber-Bruch, alte Gebisse.

Andere Organisationen. Silesia, Silesia, Silesia...

Wegen Aufgabe des Artikels Kinderwagen beste Fabrikate 20% Rabatt Albert Marcus, Ring 51. 52